

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts in Bougen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats in Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. Dieses Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neufraßdorf, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — — Wöchentliches Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntagsernterhaltungsblatt. Fernsprecher Nr. 174.

Verkaufsstelle: Bischofswerda, Markt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der monatlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Verkaufsstelle: Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gemeindeverbandsrat:** Bischofswerdaer Rat Nr. 64. Im Falle Abtritt von Amt oder sonstiger irgend welcher Art der Leitung des Betriebes der Zeitung oder der Verbandsverrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maste 14) oder deren Raum 90 Bsp., drückliche Anzeigen 80 Bsp. Im Feuilleton (Zm. Maste 15) 180 Bsp., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nachfolgend nach feststehenden Sätzen. — **Unklare Anzeigen** die gespaltene Zeile 120 Bsp. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 176.

Sonnabend, den 31. Juli 1920.

74. Jahrgang.

Ostpolitik.

Im Reichstag ist eine Episode unbemerkt vorübergegangen, die zu anderer Zeit die größte Sensation hervorgerufen hätte: Es ist zum ersten Mal in der deutschen Volksvertretung vorgekommen, daß ein früherer Minister des Äußern — Herrmann Müller — das Wort ergriff, um über die Ostpolitik seines Nachfolgers zu sprechen. Herrmann Müller ist jetzt wieder ein einfacher Abgeordneter, frei von den Rücksichten des Amtes. Wie man auch über den Parlamentarismus denken mag: Es hat doch sein Gutes, daß Minister mit ihrem Rücktritt vom Amt nicht aus der Politik scheiden, daß sie die Kritiker derjenigen werden, von denen sie bisher kritisiert wurden. Die Kritik gewinnt dadurch an Ernst. Das hat man auch schon vor Jahrzehnten in Deutschland wenigstens in einem Falle empfunden: Was hätte man nicht darum gegeben, den entamten Bismarck im Reichstag sprechen zu hören! Er hatte das Reichstagsmandat angenommen, aber er hat sich niemals entschließen können, es auszuüben. Bismarck lebte noch in Anschauungen, die ihm solch ein Zugeständnis an den Parlamentarismus nicht erlaubten. Aber wenn er es gemacht hätte, so wären Deutschland nicht viele Fehler erspart geblieben, die wir später hart gebüßt haben. Man wird das zugeben und trotzdem behaupten können, Bismarck sei eben ein Ausnahmefall gewesen. Gewiß. Aber auch wenn ein Bismarck, etwa im Herbst 1912, im Reichstag das Wort verlangt hätte, um über die Ostpolitik seines Nachfolgers Bethmann-Hollweg zu sprechen, hätte es nicht bloß gewaltige Aufsehen gegeben, sondern es wäre zweifellos mit so sachverständiger Kritik dem Reich ein wertvoller Dienst geleistet worden. Wir können nur wünschen, daß die Gepflogenheit parlamentarischer Länder, den Regierenden ihre Vorgänger als die bestunterrichteten Kritiker gegenüberzustellen, in Zukunft auch in Deutschland sich einlebe.

Aber wach kleines Geschlecht in Deutschlands größter, schwerster Zeit die Führung innegehabt hat, das konnte man wohl niemals bisher so stark empfinden wie in dem Augenblick, da in der Mittwochssitzung des Reichstags Herrmann Müller das Wort ergriff. Er war eben noch Reichstagsler gewesen und als solcher verantwortlich für die äußere Politik, deren unmittelbare Leitung von der Unterzeichnung des Friedens an bis wenige Wochen vor dem Sturz seines Ministeriums in seinen Händen gelegen hatte. Mühte nicht alles aufs äußerste gespannt sein, was dieser Eingeweihte zu sagen haben würde, — und wie erklärt es sich, daß in Wirklichkeit niemand gespannt war, ja, daß niemand auch nur zum Bewußtsein kam, es handle sich bei dieser Rede eines Vorgängers über die äußere Politik seines Nachfolgers um etwas in Deutschland noch nie Dagewesenes? Die Wahrheit ist, daß man einem Herrmann Müller, obwohl er Minister des Äußern und Reichstagsler gewesen ist, selbst in der eigenen Partei, geschweige denn in anderen Parteien, nicht zutraut, daß er irgend etwas Bedeutendes, das über den allgemeinen Horizont hinausginge, sagen könnte. Man möchte die Parteien, die ein Jahr lang Herrmann Müller ihr Vertrauen geschenkt haben, fragen: Wie durftet ihr in solcher Zeit mit dem schwierigsten Amt einen Mann betrauen, den auch nur anzuhören ihr heute kaum der Mühe wert erachtet? Unerfindlich, was darauf geantwortet werden könnte. Herr Müller selbst hat offenbar die Empfindung gehabt, daß er nicht berufen sei, an seinem Nachfolger Kritik zu üben, daß er es aber nötig habe, seine eigene Politik zu verteidigen. Er hat sich namentlich wegen seiner Ostpolitik zu entschuldigen gesucht oder vielmehr dafür, daß er überhaupt keine Ostpolitik zu treiben versucht hat. Der Vertrag von Versailles habe ihn daran gehindert, da er Deutschlands Verträge mit Sowjetrußland für hinfällig erklärte. Aber gerade deshalb wäre es, weil die Politik so wie die Natur kein Vacuum duldet, umso mehr nötig geworden, irgendeine Form für unsere Beziehungen zu Rußland zu finden. Herr Müller fand nichts als eine Negation: Er hat Deutschlands Beteiligung an der Blockade Rußlands abgelehnt, was lediglich formale Bedeutung hatte, da es tatsächlich keinen Warenverkehr zwischen Deutschland und Rußland gab. Aber er hat — während Amerika, England, Italien, Schweden trotz entschiedenster politischer Gegnerchaft wiederholt Versuche gemacht, ob sich ein Warenverkehr mit Rußland organisieren lasse — keinen Schritt unternommen, der die Absicht bekundet hätte, daß wir uns in Rußland nicht von anderen den Rang ablaufen lassen wollen, wenn es einmal so weit ist, das geordnete Wirtschaftsbeziehungen wieder möglich sind. Dr. Simons hat der Antinomie solcher Beziehungen

nicht gerade auf die geschickteste Weise vorgearbeitet, wenn er es nötig hielt, den Bolschewisten Komplimente wegen angeblicher wirtschaftlicher Leistungen zu machen, die in Wirklichkeit nichts sind als großzügige technische Pläne. Aber indem er diese Pläne, die von deutscher Ingenieurwissenschaft stammen, lobte, hat er immerhin den Russen nahegelegt, daß sie am besten deutsche Hilfe zur Durchführung suchen würden. Das künftige Rußland wird vor allem etwas brauchen, das wir ihm nicht geben können, Kapital. Aber gerade der russische Radikalismus wird es gern begreifen, wenn man ihm von deutscher Seite klar zu machen wissen wird, daß zur Wiederaufrichtung Rußlands Kapital in weit geringerem Maße erforderlich ist, als man gewöhnlich glaubt, wenn nur ein Austausch organisiert wird zwischen russischem Material einerseits und deutscher Arbeit, deutscher Technik und deutschen Fabrikaten auf der anderen Seite. Deutschland muß sich — weil es nicht anders geht, durch Verhandlungen mit der Sowjetregierung — ein künftiges Betätigungsfeld in Rußland sichern, und damit kann es anderwärts nicht Anstoß erregen, weil wir selbst am besten wissen, daß wir beispielsweise die Amerikaner von der Betätigung in Rußland gar nicht ausschließen können, da sie allein imstande sein werden, Rußland das Eisenbahnmateriale zu liefern, das unentbehrlich ist, um die russische Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen. Jedenfalls muß endlich aktive Ostpolitik in der Wilhelmstraße getrieben werden. Die sozialdemokratischen Minister, zu deren Glaubensbekenntnis es doch gehört, daß die wirtschaftlichen Ursachen bei allem Geschehen die primären sind, haben es nicht verstanden, von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus nach Osten Politik zu treiben. Man darf hoffen, daß Dr. Simons solche Verhältnisse wieder gut machen wird.

Die Russen setzen ihren Vormarsch fort.

Warschau, 29. Juli. Die Bolschewisten setzen trotz des Waffenstillstandes ihre Offensive fort. Im Zentrum vollzieht sich die Einschließung von Brest-Litowsk, südlich ist Lemberg bedroht. Es ist eine Frage der Zeit, wann diese beiden Städte sich ergeben müssen. Auf dem Wege nach Brest-Litowsk haben die Bolschewisten Berez und Kartuzj erreicht. In sehr großer Anzahl haben sie den Dnepr überschritten. An den übrigen Frontteilen dauert der Vormarsch an. Die Polen weichen fast überall und es wird an der ganzen Front weitergekämpft. Die beiderseitigen Verluste sind groß.

Berlin, 29. Juli. Dem L.-A. wird aus Mergelbrunn über die Lage an der Grenze mitgeteilt, daß an der Kriegsgrenze die polnischen militärischen Grenztruppen und Zollbehörden zurückgezogen sind. Grodno soll an mehreren Stellen brennen. Die polnische Bevölkerung geht teilweise mit den Truppen zurück. Eine Zugverbindung zwischen Grodno und Suwalki besteht nicht mehr.

Die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen.

Kiew, 29. Juli. (Drahtber.) Die russischen Waffenstillstandsbedingungen für Polen sind folgende: Polen gibt Wilna, Minsk, Grodno und Cholm auf. Polen liefert sein gesamtes Kriegsmaterial an Rußland aus, sowie 70 Prozent seines Eisenbahnmaterials. Die Sowjetverfassung wird für die Dauer eines Jahres in Polen eingeführt, sobald sich Polen selbst eine neue Verfassung bestimmt. Polen wird für die Dauer von 5 Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden die polnischen Kohlen- und Salzgruben Rußland übertragen.

Ministerrat in Warschau.

Danzig, 29. Juli. Gestern trat der Ministerrat des Baltischen Bundes in Warschau ein. Am Abend fand zuerst eine Sitzung des Ministerrates und darauf eine Konferenz des Rates für Nationalverteidigung statt, in der die Frage der Waffenstillstandsbedingungen erörtert wurde.

Rußland und Deutschland.

Stockholm, 28. Juli. Ein Rostauer Funkpruch teilt mit, daß Uchitscherin an den Berliner Vertreter der Sowjetregierung, Wiktor Kopp, folgendes Radiotelegramm gerichtet hat: „Versichern Sie nochmals der deutschen Regie-

rung, daß auf unserer Seite keinerlei feindselige Absicht besteht. Rußland verweist gegenüber Deutschland jegliche Eroberungsabsicht und ist nur von freundschaftlichen Gefühlen befeuert.“

Keine russisch-deutschen Verhandlungen in Memel.

Berlin, 29. Juli. Das Oberpräsidium in Magdeburg teilt auf telephon. Anfrage mit, daß die Meldung über Verhandlungen zwischen Toffe, Hülferding und Bewi in Memel frei erfunden sei.

Eine Anfrage an die Regierung.

Berlin, 29. Juli. Die deutschnationale Volkspartei hat an die Regierung folgende Anfrage gerichtet: In der Zeitschrift „Deutsche Wirtschaftshilfe“ vom 29. Juni befindet sich folgende Nachricht: Kürzlich sprach in Elberfeld der Führer der R. N. P. D. Lauffenberg aus Hamburg in der Stadthalle zu der revolutionären Arbeiterschaft. Etwa 1000 Personen aller radikalen Parteien waren anwesend. Lauffenberg sprach ohne Rücksicht aus, daß die Errichtung der Räterepublik in kürzester Zeit mit Gewalt erfolgen würde. In Verbindung mit dem Vorstoß der russischen Sowjettruppen, Waffen seien genügend vorhanden. Die Verteilung würde frühzeitig genug erfolgen, nachdem das Zeichen zum Loschlagen gegeben sei. Unabhängige, Kommunisten und Syndikalisten und alle anderen revolutionären Arbeiter würden diesmal ganze Sache machen müssen, damit endgültig die Vorherrschaft des Proletariats gesichert sei. Das Zeichen zum Loschlagen könne schon in aller nächster Zeit gegeben werden, doch sei man sich leider an oberster Stelle noch nicht ganz einig.

Inzwischen sind auch in der Magdeburgischen Zeitung genaue Angaben über den bolschewistischen Feldzugsplan erschienen. Was gedenkt die Regierung gegenüber einer dergleichen Propaganda für den Umsturz der Reichsverfassung zu tun?

Die Rote Armee.

Berlin, 29. Juli. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist dort nichts bekannt, was die Meldungen von der Bildung einer Roten Armee im Reich berechtigt erscheinen lassen könnte. Die Reichsregierung hat die in Frage kommenden Stellen beauftragt, die nötigen Feststellungen zu machen. Irgendwas positives war bisher nicht zu ermitteln.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Juli. Trotz des schwachen Besuches der heutigen Reichstagsitzung kam es verschiedentlich zu sehr scharfen Zusammenstößen der Parteien und zu Vorkäufen. Bei der Beratung des sozialdemokratischen Initiativantrages auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die vom Abgeordneten Radbrunn begründet wurde, ergab sich nämlich wieder die interessante Konstellation, die in der Nationalversammlung nicht ungewohnt war, daß deutschnationale und Deutsche Volkspartei gegenüber allen übrigen Parteien zusammenwirken müssen. Da heute die Deutsche Volkspartei auch in der Regierung sitzt, erregt das bei den übrigen Regierungsparteien natürlich keine angenehmen Gefühle. Der Abgeordnete Brünninghaus bewies aber durch den Widerspruch, den er gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung des Antrages erhob, daß die Deutsche Volkspartei auch als Regierungspartei gewillt ist, weiter mit der rechten Nachbarpartei zusammenzuwirken. Der deutschnationale Abgeordnete General von Gallwitz nahm die Militärgerichte mit großer Wärme gegen die sozialdemokratischen Angriffe in Schutz. Dieselben seien unentbehrlich und verdienen für ihre unermüdete Tätigkeit und ihre Unparteilichkeit den wärmsten Dank anstatt Belämpfung. Er wandte daher auf die Militärgerichte das Wort an, daß es nicht die schlechtesten Früchte seien, an denen die Wespen nagen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Militärgerichte noch einmal eine bessere Zukunft haben würden.

Ganz in gleichem Sinne sprach auch der Deutsche Volksparteiliche Konrad v. Brünninghaus. Er wies gegenüber den rüden Angriffen des unabhängigen Dr. Rosenfeld auf das Offizierkorps darauf hin, daß zehntausende von diesen Offizieren der grüne Kasin dede und warf den ärmlichen Unabhängigen das Wort entgegen, daß in noch nicht zehn Jahren das deutsche Volk diejenigen verfluchen werde,

Katliche Bekanntmachungen
Bezirkstag
 der Amtshauptmannschaft Bautzen
Sonnabend den 7. August 1920,
vormittags 1/2 11 Uhr
 im Justizgebäude zu Bautzen.
 Rirschau, am 29. Juli 1920.
Der Vorsitzende.
 Gemeindevorstand Seidel.

Städtische Bekanntmachungen
Krankendrot Wir erhalten heute die Nachricht, daß vor Ablauf einiger Wochen kein zu Krankendrot geeignetes Weizenmehl mehr zugewiesen werden kann. Es müssen deshalb alle in Verkehr befindlichen Krankendrot- und Reihmarten gesperrt werden, um den noch vorhandenen kleinen Bestand für die Fälle sicher zu stellen, in denen Lebensgefahr bei Nichterlangung von Krankendrot vorliegt. Wir richten deshalb hiermit an die Ärzte das dringende Ersuchen, während der Dauer dieses Übergangszustandes nur für die bezeichneten Fälle Anträge auf Krankendrot zu stellen und auch dem einzelnen dieser Kranken nur die unbedingt erforderliche Menge zuzubilligen. Gegen Abgabe dieses besonderen, nur für Abgabe einer Wochenzuteilung gültigen ärztlichen Ausweises und der Brotmarken wird das Brot, solange der Vorrat reicht, in der Boihöfen Bäckerei, Dresdner Straße 9, abgegeben. Die bereits in Verkehr befindlichen abgestempelten Marken können ohne weiteres zum Bezüge gewöhnlicher Backwaren verwendet werden. Unbemittelte Kranke können sich wegen für sie kostenloser Erlangung des besonderen ärztlichen Ausweises an Herrn Dr. med. Grund wenden.

Vergebung von Wohnungen. Die Wohnungen im früheren Hachthöfen Grundstück, die annehmbar sämtlich bis 1. Oktober beziehbar werden, sollen vergeben werden und zwar vorzugsweise an Kriegsgeschädigte und Kriegsteilnehmer. Meldungen hierauf werden
bis zum 5. August 1920,
 täglich zwischen 9—1/2 Uhr vormittags
 im Stadtbauamt, wo die Zeichnungen eingesehen werden können, entgegengenommen. Der Preis für die Wohnungen beträgt voraussichtlich 6.— M für den Quadratmeter bewohnbare Fläche. Die Zuteilung der Wohnungen erfolgt durch den Rat.

Infolge Reparaturarbeiten des Großrohrdortler Elektricitätswerkes fällt Sonntag, den 1. August die Stromlieferung von früh 4 Uhr bis nachmittags 6 Uhr aus.
 Bischofswerda, am 30. Juli 1920.
Der Rat der Stadt.

Die die Revolution gemacht haben. Viel Heiterkeit erregte er auch, als er gegenüber den fortwährenden Zwischenrufen der Radikalen bemerkte, ihm sei beim Schließen einmal das Trommelfell geplatzt, und zwar glücklicherweise auf der linken Seite.

Für die Reichsregierung sprach der Reichswehrminister die Zustimmung zu dem Antrag aus, verlangte aber andererseits eine Anpassung der bürgerlichen Rechtspflege an die Bedürfnisse des Heeres. Heute lagen Lat und Sühne dort zeitlich viel zu weit auseinander.

Der sozialdemokratische Antrag wurde in zweiter Lesung gegen die beiden Fraktionen der Rechten angenommen. Dabei kam es auch zu einem Hammelsprung über einen Antrag der Unabhängigen. Trotz starker Befehung der Linken ergaben sich nur 142 Stimmen für den Abänderungsantrag, aber 192 dagegen.

Recht lebhaft war die Debatte wiederum bei der Beratung des Rotetats, da die Unabhängigen die Gelegenheit benutzten, um überaus heftige Angriffe gegen den Reichspräsidenten wegen seiner Bestätigung von Todesurteilen zu richten. Adolf Hoffmann holte sich dabei wegen seiner üblichen Zwischenschimpferei wieder einmal einen Ordnungsruf und der Unabhängige Bogtheer entging diesem Schicksal nur um Haarsbreite. Immer mehr leert sich das Haus, als schließlich fast nur noch Redner der Unabhängigen das Wort ergreifen. Nur recht wenige Abgeordnete sind noch anwesend, als die einzelnen Positionen des Rotetats eine nach der anderen angenommen werden.

Es wurde eine Entschließung angenommen, die wirksame Bekämpfung des gewerksmäßigen Glückspiels verlangt.

Gegen den Vorschlag, die Vorlage zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht auf die morgige Tagesordnung zu setzen, erhob die Rechte Bedenken, die aber durch den Reichswehrminister zerstreut wurden. Die Vorlage sei nichts anderes, als die bis zum 1. September erforderliche Festlegung der Bestimmungen des Friedensvertrages. Das eigentliche Wehrgesetz solle erst im Herbst zur Beratung kommen.

Mit einer überreichen Tagesordnung für morgen, darunter einer Interpellation über die Kosten der Befehung der Rheinlande, vertagte sich das Haus um 3/8 Uhr auf Freitag vormittag 11 Uhr.

Notgesetz über die Abschaffung der Wehrpflicht

Berlin, 30. Juli. Infolge der kurzen Tagungsdauer des Reichstages konnte das Reichswehrgesetz nicht zur Beratung bisher vorgelegt werden. In dieser Voraussicht war bereits ein Notgesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dienstverpflichtung vorbereitet worden. Dieses Notgesetz hat als Grundlage die Abmachungen von Spa und den Friedensvertrag von Versailles. Dasselbe ist am 28. Juli vorm. von 9. Ausschuss des Reichsrates beraten und am Abend von demselben angenommen worden. Paragraph 1 bestimmt, daß die Angehörigen der Reichswehr und der Reichsmarine deutsche Staatsangehörige sein müssen. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Alle bestehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Paragraph 2 setzt die Stärke der Reichswehr auf 100 000, die der Reichsmarine auf 15 000 Mann fest. Paragraph 3

bestimmt die 12jährige Dienstverpflichtung für Reservisten und die 20jährige für Offiziere. Paragraph 4 enthält die Übergangsbestimmungen für die aus den alten Bestimmungen in die Reichswehr übertretenden Militärservicisten. Die näheren Bestimmungen über die Zusammenziehung des neuen Heeres sind vor einigen Tagen bekanntlich durch den Ergänzungsetat veröffentlicht worden. Die Gebührensätze werden nach dem Besoldungs- und Haushaltsgesetz geregelt. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es steht auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages.

Neue Einschränkungen im Kohlenverbrauch.

Der deutsche Kohlenverbrauch.
 Berlin, 29. Juli. (Reid.) In einer heute im Reichshaus der deutschen Reichstages tagenden Besprechung des Reichswehrrates sprach der Reichswehrrat mit dem Reichswehrrat Schöner über die Zusammenziehung des deutschen Heeres auf Grund des Friedensabkommens von Spa. Wehrrat Schöner führte aus, um die Forderungen der Entente zu erfüllen, müßten zwei Tatsachen von uns berücksichtigt werden: 1. müßten wir klare, durchsichtige Lieferpläne aufstellen; 2. müßte danach gestrebt werden, die deutsche Wirtschaft zu bewegen, Kohlen nach Möglichkeit abzugeben, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden. Heute sei bereits mit der Entente ein Lieferplan besprochen worden. Es ergebe sich nun die Frage, welche Verbrauchergruppen zu kürzen seien. Dafür kommen neben der Eisenbahn die Gaswerke in Frage, die auf 70 Prozent ihres Bestandes aus dem Lieferungsjahr 1917/18 herabgesetzt werden sollen.

Ferner wird die deutsche Kohlenzufuhr eingeschränkt. Die Industrie und die Häfenwerke werden um 16 % geringer beliefert. Sehr bedeutungsvoll ist die Hebung der Braunkohlenförderung und die neue Verteilung der Braunkohlen sowie die Einschränkung der Betriebe auf Braunkohlenförderung. Eine weitgehende Einschränkung des Verbrauchs an Elektrizität in den Großstädten ist notwendig, in Verbindung damit eine Herabsetzung der Volkshäufigkeit und die Unterbindung der Lichterschwendung in den Vergnügungsgärten. Der große Lichtanstand sowie u. a. die Warmwassererzeugung in den Hotels und ähnlicher Art haben bei Ententevertretern, die sich in Deutschland aufhalten, den Eindruck hervorgerufen, daß wir einen Überfluß an Kohlen haben. Das hat die Stellung unserer Unterhändler sehr erschwert. Die Gerüchte von der Beschaffung großer Mengen Kohlen erklärte Wehrrat Schöner als unzutreffend.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Wie wir hören, sind in der nächsten Zeit wichtige Maßnahmen auf dem Gebiete des Abbaues der Zwangswirtschaft zu erwarten. Es haben seit einiger Zeit Verhandlungen im Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung stattgefunden, die das Ergebnis haben, daß die Freigabe der Kartoffeln in kurzer Frist erfolgen wird. Die Regelung der Kartoffelfrage ist in diesem Jahre bekanntlich so vorgenommen worden, daß die Vertretungen der Städte und der Landwirtschaft einen Plan ausgearbeitet hatten, wonach Lieferungsverträge abgeschlossen werden sollten mit einem Preis von 25 Mark pro Zentner und 5 Mt. Zuschlag. Dieses Abkommen zwischen Städten und Landwirtschaft hatte ursprünglich 80 Millionen Zentner vorsehen. Das Reichsministerium hat jedoch seine Zustimmung nur gegeben unter der Bedingung, daß dieses Quantum auf 120 Millionen erhöht würde, weil sonst die Belieferung der Städte nicht ausreichend war. Dieses Quantum war bestimmt, um für 44 Wochen 6 Pfund wöchentlich pro Kopf der Bevölkerung zu liefern. Auf Grund dieses Abkommens ist der Kartoffelanbau in erhöhtem Maße erfolgt. Als sich nun im Laufe des Sommers herausgestellt hat, daß eine gute Kartoffelernte zu erwarten war, trugen die Städte Bedenken, die Verträge abzuschließen, weil sie glaubten, daß später im freien Verkehr sie sich billiger einkaufen könnten. Infolgedessen ist von dem Bedarf von 120 Millionen Zentnern nur etwa ein Viertel, gleich 30 Millionen Zentner, angemeldet worden. Da aber die Ernte bis heute einen reichlichen Ertrag verspricht, glaubt man, die Kartoffeln freizugeben zu können, wobei jedoch die abgeschlossenen Lieferungsverträge als zu Recht bestehend durchgeführt werden müssen. Sie geben den Städten eine gewisse Reserve.

Gegen der Fleischversorgung ist das Verlangen nach Freigabe immer dringender geworden, um so mehr, als die bisherige Zwangswirtschaft vielfach durchbrochen worden ist. Gegen die sofortige Freigabe wird das Bedenken geltend gemacht, daß die Tiere im Sommer bei der reichlichen Nahrung an Gewicht zunehmen, so daß im Herbst der Fleischbestand größer ist. Außerdem aber soll zunächst ein Reservebestand an Getreide geschaffen werden, damit die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt ist, und ferner soll eine Einfuhr von Futtermitteln stattfinden, um den Landwirten jeden Anreiz zu nehmen, Brotgetreide zu verfüttern. Unter diesen Umständen erscheint die Hinauszögerung der Freigabe der Fleischwirtschaft um die letzten paar Sommermonate im Interesse der Volkswirtschaft zweckmäßig.

Fleischüberfluß in Anhalt.

Einem Telegramm aus Dessau zufolge sind im Freistaat Anhalt die Fleischpreise beträchtlich herabgesetzt worden. Im Kreise Götzen sind derartig viel überschladrefre Schweine vorhanden, daß eine Sonderzuteilung von Fleisch an die Bevölkerung erfolgen kann.

Beratungen der Ernährungsminister.

Am Freitag finden in Berlin Beratungen der sämtlichen Ernährungsminister der Einzelstaaten statt, um über den Abbau der Zwangswirtschaft und der Kriegsgesellschaften sowie über die Neueinteilung der Kohlenversorgung zu verhandeln.

Neue Regelung des Steuerabzuges.

Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 ist jetzt Gegenstand der Beratungen im Reichsfinanzministerium. Die Beratung bewegte sich in folgender Richtung:

Der Arbeitnehmer kann verlangen, daß ihm auf den nach dem 31. Juli 1920 anzubehaltenden Beträgen, die nach dem Grund des § 45 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge insoweit angerechnet werden, als sie dem Betrag übersteigen, der bei Anwendung der Bestimmungen vom dem in der Zeit vom 25. Juni 1920 bis 31. Juli 1920 fälligen Arbeitslohn hätte einbehalten werden müssen. Borgestern hat nun im Reichsfinanzministerium eine Besprechung der Ausführungsbestimmungen stattgefunden.

Es wurden von den Vertretern der Arbeitgeber wie auch von den Vertretern der Arbeitnehmer die Ausführungsbestimmungen stark kritisiert, insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß bei der Kürze der Zeit kein Betrieb in der Lage sei, die Ausführung ab 1. August 1920 in Anwendung zu bringen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums ergriff diese Ausführungen als berechtigt an und legte zu folgenden Vorschläge beim Reichsfinanzminister zu unterbreiten:

1. Die Ausführungsbestimmungen treten noch nicht am 1. August 1920 in Kraft, sondern erst am einem späteren Termin nach eingehender Durchberatung in einer kleineren Kommission, zu der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zuzuziehen sind.
2. Für die Zwischenzeit werden Übergangsbestimmungen geschaffen; die die Durchführung des Steuerabzuges wesentlich vereinfachen. Ihr Inhalt soll im wesentlichen nur sein, daß der Abzug in Höhe der Prozente der Novelle von den Bruttoeinnahmen unter Freilassung von 200 M für Unverheiratete und 300 M für Verheiratete erfolgt.

Kleine politische Mitteilungen.

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen. Wie das „Seitz-Lagebl.“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Hieran entfällt die überwiegende Zahl insgesamt 866 Sachen, auf die Angeklagten der Entente. Der Oberreichsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Akten über die Person der Beschuldigten ein Eingreifen überhaupt ermöglichen. Der Fortschritt der Ermittlungsverfahren wird dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die früheren, wie auch die neuen Auslieferungsanträge ausreichende Angaben über die den Beschuldigten zur Last gelegten Taten, insbesondere das für die Beschuldigungen erforderliche Beweismaterial vermissen lassen. Durch Vermittlung des auswärtigen Amtes ist an die ehemals feindlichen Regierungen vom Oberreichsanwalt mit dem Ersuchen getreten worden um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Klärung von Widersprüchen und Beschaffung von Beweismaterial. Von dem Ergebnis wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Strafrechtsreform. Dem Reichsrat liegt ein Gesetz zur Durchführung einer beschleunigten Strafrechtsreform vor. Danach sollen Strafsachen künftighin in erster und zweiter Instanz grundsätzlich unter der Mitwirkung von Laien abgeurteilt werden und es soll fernerhin die Berufung gegen alle Urteile erster Instanz mit Ausnahme der Schauergerichte und des Reichsgerichts verwirkt werden. In naher Zeit steht die Errichtung von Arbeitsgerichten und die Umgestaltung des Zivilprozesses im Sinne einer Beschleunigung und Vereinfachung bevor.

Gegen Anfertigung eines militärtechnischen Einheitsstoffes für die Zivilbevölkerung finden gegenwärtig zwischen den Reichsbehörden und dem schiffschiffmännischen Arbeiterverband Verhandlungen statt. Die umfangreichen Aufträge sollen auf die einzelnen Weberien verteilt werden, um weiteren Betriebseinschränkungen vorzubeugen.

Streit zwischen Italien und Griechenland. Laut „Kattin“ hat sich der Streit zwischen Italien und Griechenland über die Inseln des Dodekanes nicht beilegen lassen. Die italienische Regierung weigerte sich, das Abkommen anzuerkennen, das vor einem Jahre in London abgeschlossen worden ist.

Neues aus aller Welt

— **Schneefall in den Alpen.** Seit Mittwoch herrscht in fast allen Tälern Bayerischer und Tiroler Alpen starker Schneefall. Der Schnee reicht vielfach bis zum Fuß der Berge herab. Eine starke Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs ist zu verzeichnen. Allgemeine Hochwassererfahrung besteht.

— **Prinzessin Alexandra Victoria,** die geschiedene Gattin des Prinzen August Wilhelm von Preußen, soll nach einer Berliner Meldung mit dem Chauffeur Friz Wager verschwunden sein.

— **Feuergefecht mit Einbrechern.** Ein schwerer Einbruch in die Geschäftsräume einer Filmphotostation in Tempelhof bei Berlin konnte in der Nacht zum Dienstag von dem als Wächter Dienst tuenden Detektiv Kapletta verhindert werden. Es kam zu einer Schießerei, bei der die Einbrecher einen Toten und einen Verwundeten zurückließen. In der Nacht zum Mittwoch kehrten nur die Einbrecher zurück, und als Kapletta auf ihre Spur kam, eröffneten sie ein Gewehrfeuer gegen den Wächter. Kapletta hatte in kurzer Zeit seine geringe Munition erschossen, und da er schwer verwundet worden war, gelang es den gefährlichen Einbrechern, zu entkommen.

— **Ein teure Badereise.** Im Ostseebad Kolberg wurden zwei Kurgästen im Hotel bei einem Einbruch Geld und Schmuck im Werte von 200 000 Mark geraubt. Die Betroffenen haben 30 000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter und die Wiederherbehaftung ihres Eigentums ausgesetzt.

— **Landarbeiterstreik.** Im Kreis Wolfenbüttel sind die Landarbeiter in den Ausstand getreten. Wie die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ melden, liegen die jetzt Meldungen aus etwa zwanzig Orten über den Ausbruch des Streiks vor. Seine Ausdehnung auf die Landkreise Braunschweig und Helmstedt ist nicht wahrscheinlich.

— **Ein Rekord im deutschen Weinbau.** Die ersten reifen Trauben sind in einem Weinberg in Riefstein an einem Frühbargunderstand bereits festgesetzt worden. Das ist einer der frühesten Termine seit Jahrzehnten und wird nach der Erfahrung als ein gutes Vorzeichen für ein vorzügliches Erntebild angesehen; denn was der Juli schafft, brauchen August und September nicht nachzuholen. Der Stand der Weinberge ist auch sonst in jeder Hinsicht ausgezeichnet. Bei

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

Guterhaltener Sportwagen
zu kaufen gesucht. Offerten mit
S. P. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Jung. Herr
24 Jahre wünscht Dame 18-22
Jahre oder junge Witwe kennen
zu lernen, welche Lust hat An-
fang August 8-10 Tage mit in
die Gsch. Schweiz zu reisen.
Offerten mögl. mit Bild und
S. P. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ingenieur u. Prokurist
mit sich. Stellung, Witwer, 35 J.
m. gutem R., sucht best. Witwe
oder Fräulein in passendem Alter
an. Heirat kennen zu lernen.
Einheit. in Landw. oder In-
dustrie n. ausgef. Bedingung.
guter Char. u. Eigensch. j. liebe-
voller Mutter m. R. Wohnungs-
einr. (4 Z. u. K.) sowie Aus-
stattung vorhanden. Verschwie-
genheit f. b. Teile selbstverständl.
Berm. d. Verm. angen. W. Ang.
m. D., letzteres fol. jur. reb. u.
S. P. 103 an die Gesch. d. Bl.

Achtung!
In den Sonnen-Sälen Bischofswerda.
Achtung!
Große Lichtspiel-Vorführungen. Gastspiel.
Heute Freitag und morgen Sonnabend, den 30. u. 31. Juli:
Es gelangen nur ganz vorzügliche, erstklassige Meisterwerke zur Vorführung.
6 Akte. „Aphrodite“ 6 Akte.
Ein tiefenstimmiges, dessen Schönheit und Spannung nicht übertrifft wird. Die Kunst der Dar-
steller, vereint mit wunderbaren Aufnahmen in freier Natur bietet in diesem Prachtwerke Reize u.
Genüsse, die das Herz erschüttern, das Auge bezaubern.
Dieses Bild wird hingemäÙ erklärt von Frau Fr. Gräfe.
Im nächsten Teil: Eine reizende Liebesgeschichte in 5 Akten beiteilt
5 Akte. Eine tolle Kiste. 5 Akte.
mit der beliebten Hilde Wolter in der Titelrolle. Dieses Bild erklärt mit Witz und Humor
Herr Martin Her. Verschäumen Sie nicht diese Gelegenheit!
Wir bieten Ihnen etwas Gutes, vom Besten das Beste.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet höflich die Direktion.

Lichtspiele Oberneukirch
Sonnabend, Sonntag und Montag!
3 Tage!! Nur für Erwachsene! 3 Tage!!

Nerven!

Großer Sensationsfilm in einem Vorspiel und 6 Akten.
Bunderbare Ausstattung. Herrliches Spiel.
Ferner:
Die ledige Frau. Schwank in 1 Akt.
Spielbauer 2 1/2 Stunden.
Sonnabend Anfang 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr, Montag 1/2, 8 Uhr.

10000 Mark
auf sichere Hypothek (Land-
grundstück) wird gesucht. Werte
Offerten unter S. P. 1000 in
die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

Ein Herrenrad
mit fast neuer Bereifung ist zu
verkaufen in
Oberneukirch Nr. 89.

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

Neu! Achtung! Neu!
Wo gehen wir am Sonntag hin?
Alle
ins Erbgericht Tröbigan



zur
feinen Tanzmusik,
ausgeführt von der Oberlausitzer Musikkapelle.
Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr.
Kommen! Sehen! Genuß!
Um gütigen Beifall bitten
Emil Mager und die Musikleitung.

Erbgericht Ringenhain.
Sonntag, den 1. u. Montag, den 2. August:
Großes Sommer-Fest
mit Preisbügeln u. -schloßen.
Für Belustigung für alt u. jung ist gesorgt.
Von nachm. 5 Uhr an:
öffentl. Ballmusik.
Es laden freundlichst ein
Radfahrerverein und S. Richter u. Fran.

Achtung!
In den Sonnen-Sälen Bischofswerda.
Achtung!
Große Lichtspiel-Vorführungen. Gastspiel.
Heute Freitag und morgen Sonnabend, den 30. u. 31. Juli:
Es gelangen nur ganz vorzügliche, erstklassige Meisterwerke zur Vorführung.
6 Akte. „Aphrodite“ 6 Akte.
Ein tiefenstimmiges, dessen Schönheit und Spannung nicht übertrifft wird. Die Kunst der Dar-
steller, vereint mit wunderbaren Aufnahmen in freier Natur bietet in diesem Prachtwerke Reize u.
Genüsse, die das Herz erschüttern, das Auge bezaubern.
Dieses Bild wird hingemäÙ erklärt von Frau Fr. Gräfe.
Im nächsten Teil: Eine reizende Liebesgeschichte in 5 Akten beiteilt
5 Akte. Eine tolle Kiste. 5 Akte.
mit der beliebten Hilde Wolter in der Titelrolle. Dieses Bild erklärt mit Witz und Humor
Herr Martin Her. Verschäumen Sie nicht diese Gelegenheit!
Wir bieten Ihnen etwas Gutes, vom Besten das Beste.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet höflich die Direktion.

Lichtspiele Oberneukirch
Sonnabend, Sonntag und Montag!
3 Tage!! Nur für Erwachsene! 3 Tage!!

Nerven!

Großer Sensationsfilm in einem Vorspiel und 6 Akten.
Bunderbare Ausstattung. Herrliches Spiel.
Ferner:
Die ledige Frau. Schwank in 1 Akt.
Spielbauer 2 1/2 Stunden.
Sonnabend Anfang 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr, Montag 1/2, 8 Uhr.

10000 Mark
auf sichere Hypothek (Land-
grundstück) wird gesucht. Werte
Offerten unter S. P. 1000 in
die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

Ein Herrenrad
mit fast neuer Bereifung ist zu
verkaufen in
Oberneukirch Nr. 89.

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

In Kinder- u. Sportwagen
allerneuester Modelle
zu bedeutend herabgesetzten Preisen führt
Richard Müller,
Oberneukirch, am Bahnhof, Tel. 72.

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

Gasthof Freihufe
Niederneukirch.
Heute Sonnabend von 7 Uhr an:
Ballmusik.
Ergebenst ladet ein
Max Berthold.

Erblehngericht
Ubst a. L.
Morgen Sonntag
von nachm. 7 Uhr an:
Ball-Musik.
wogu ergebenst einladet
Emil Hahn.

Kurbad
Bischofswerda
Geöffnet von 1 bis 8 Uhr
nur wochentäglich
Lir- und Vannbilder
(Elektr. Licht-, Medizin- u.
Luxusbilder)
Hand- u. elektr. Massage
(auch nach Thure-Brandt).

Dr. H. Claus in Pflaum
seit 1911 Wänschstratenforscher f.
Grundwasseradern.
Dieser kein Heißbad, 3 Zl.
Pflaumbaum Wänschstr.
bei Rabenberg.

Neues
Sauerkraut
empfiehlt
Ernst Rötzig.
Bibera, . . . Sd. 0,70 M.
Erdbeeren . . . 1,00
Johannisbeeren . . . 1,00
Rhabarber . . . 0,50
Werner,
Wilmavst 23.

Garantiert reinen
Bienenhonig
gibt preiswert ab
Ernst Schumann,
Rischstraße 28 I.

Ein gut erhaltener
Wagen
(Berliner) Patent-Licht,
1 gute Wildziege
preiswert zu verkaufen.
Schloßhau 3, d.
Sonnabend, d. 31. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr im
Hotel „Goldne Krone“, Neukirch:
Unterhaltungsabend,
bestehend in Vorträgen der Engelmanns-
- Sängers, Neugersdorf und Ball. -
Zahlreicher Beteiligung steht entgegen
der Ortsgruppenausf. u. g.

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

Was die Fechtschule
nächsten Sonntag
bietet, übertrifft
alles dagewesene

„Amselschänke“ Kynitzsch
Morgen Sonnabend
Große Ballmusik
Volles Orchester.
ff. Kaffee und Kuchen.

Die Geisha und der Samurai,
japanischer Roman mit Gertrude Woldner in der
Hauptrolle.
Die Postanweisung.
Auffpiel.
Morgen Sonntag
abends: Wir spielen einen schweren Mad.

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie mir Ihre
Hüte zum Umpressen schicken.
Tadellose Ausführung!
Emil Weidauer, Bahnhof-
straße 7.

Bei dem am 25. Februar entstandenen Schadenfeuer
wo meine Bohne und sämtliche Futtermittel dem Feuer
zum Opfer fielen, sind mir aus den Ortschaften Frankenthal,
Rammenau, Goldbach und Großharthau Gaben in
reichlichem Maße gespendet worden.
Ich sage hiermit allen Gubern und Helfern, vor
allem den Herren Gemeindevorständen obengenannter Orte
für ihre Mithewaltung und den Besitzern für die unentgelt-
lichen Fahren meinen
herzlichsten Dank.
Minna verw. Löpelt.
Frankenthal, am 29. Juli 1920.

Für die so zahlreichen Geschenke,
Ehrungen und Glückwünsche, durch welche
uns zu unserer Vermählung aufrichtigste
Freude bereitet wurde, sagen wir nur hier-
durch unseren
herzlichsten Dank.
Erwin Tille und Frau Minna
geb. Weidner.
Bischofswerda, am 27. Juli 1920.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit so
zahlreich dargebrachten Geschenke und Glückwünsche sagen
wir allen hierdurch unseren
herzlichsten Dank.
Otto Kettner und Frau.
Bischofswerda, im Juli 1920.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme
bei dem so schnellen Dahinscheiden unseres
kleinen Lieblings sagen wir allen lieben Nach-
barn, Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank.
Besonders danken wir Herrn Pastor Klobberg
für den reichen Trost aus Gottes Wort und
Herrn Kantor Förster für die mit seinen Schülern
dargebrachten erhebenden Trauergesänge.
Erwin Bättrich u. Frau
geb. Triber.
Schloßfeld, am 28. Juli 1920.

Umsatzsteuerbefreiungen

Die Umsätze der Jüderarten für den laufenden Berichtszeitraum vom 1. Mai bis 3. August 1920 erfolgt mit dem 3. August 1920.

Scheinanweisung

Die Jüderarten der Reihe 18 betr. Vom 4. August 1920 an gelten im Freistaat Sachsen die Jüderarten der Reihe 18, die auf 5 Pfund und Bezugsarten, die auf 5 Pfund lauten und zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 4. August bis 31. Oktober 1920 bestimmt sind.

Erweist wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Jüderarten mit Namen, Wohnort des Inhabers und mit dem Stempel des Kleinhandlers zu versehen sind.

Jede Einlösung von Karten hat unter 'EIN-SCHREIBEN' oder mittels Wertpapiers zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.

Verordnung

Über die Überlassung der Ordenszeichen früher verliehener höchster Orden und Ehrenzeichen zu Eigentum vom 19. Juli 1920.

Der damit Belehenden an die Staatskanzlei, Dresden-R., Königsufer 2, zurückzuführen. Alle Staats- und Gemeindebehörden wollen es sich angelegen sein lassen, daß in diesen Fällen die Ordenszeichen an die Staatskanzlei zurückgelangen, Dresden, am 19. Juli 1920.

Table with columns for medal types (e.g., Großkreuz, Kommandeurkreuz), classes, and counts. Includes sections for 'Anlage', 'Verdienstorden', 'Abrechtsorden', 'Maria-Anna-Orden', and 'Friedrich-August-Medaille'.

Die Adoptivtochter

Originalroman von H. Courths-Walder. Copyright by 1913 Greiner & Co., Berlin W. 30. (Nachdruck verboten.)

Dr. Hermann Frensen und Frau Claudine Steinbrecht sahen einander gegenüber. Zwischen ihnen stand ein moßiger, vierediger Tisch. Dr. Frensen entnahm einer Tasche ein kleines Paket.

„Ja, einen Tag lang hielt ich es mit jeder aus — und sie mit mir. Aber dann stürzte mich dies und das, worüber ich nie hinwegkommen würde. Ich habe vielleicht mehr Untugenden, als diese drei jungen Dinger zusammengekommen.“

Zwei Jahre hatte sie droben in der Villa am Berge mit ihrem Gatten gewohnt. Dann war dieser eines Tages verschwunden. Man erzählte sich damals allerhand von einem Zerwürfnis der jungen Gatten.

tsch
USIK
r.
ehen.
ai,
er
rolle
g.
al.
gel
anhof-
be 7.
aufser
Fuor
anken-
den in
h, vor
Orte
ntgelt.
elt.
a
is
te
r-

Die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsstoff für den Frühdruck.

Die äußerst bedauerliche Lage unserer Brotgetreideversorgung kann nur behoben werden, wenn durch eine möglichst umfangreiche und unverzügliche Durchführung des Frühdruckes die Reichsgetreidestelle in kürzester Zeit in den Besitz größerer Mengen Brotgetreide gelangt. Zur Förderung des Frühdruckes in Sachsen hat deshalb das Landesvolkswirtschaftliche Amt Schritte unternommen, um die Versorgung der Landwirtschaft mit elektrischer Kraft bezw. mit Druschlohlen nach Möglichkeit sicherzustellen. Alle Anträge auf Belieferung mit Kohlen und elektrischer Kraft sind in zwei Stufen an den zuständigen Kommunalverband einzureichen, der sie seinerseits wiederum an das Landesvolkswirtschaftliche Amt und an die Landesgetreidestelle weiter zu leiten hat. Dagegen sind alle allgemein gehaltenen Beschwerden über schlechte Belieferung mit Betriebsstoffen an den Landesvolkswirtschaftlichen Amt oder sonstige Zentralstellen als zwecklos zu unterlassen, da nur ganz bestimmte Einzelfälle in der vorgeschlagenen Form des Antrages zur Erledigung gelangen können.

Laufende Teuerungszuschläge für Kriegshinterbliebene.

Vom 1. August d. J. ab werden den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen der Unterlassen, die nach dem 31. Juli 1914 im Heeresdienst gestanden haben und entweder gefallen oder an einer nach dieser Zeit erlittenen Dienstbeschädigung gestorben sind, laufende Teuerungszuschläge gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsversorgungsgesetz bestehenden Bezüge darstellen und bei der Neuverteilung dieser Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Teuerungszuschläge sind nach Ortsklassen abgestuft und betragen:

- in den Orten der Ortsklasse A 70 v. H.
- in den Orten der Ortsklasse B 60 v. H.
- in den Orten der Ortsklasse C 40 v. H.
- in den Orten der Ortsklasse D 30 v. H.
- in den Orten der Ortsklasse E 20 v. H.

Die Bezüge der Hinterbliebenen werden sich nach Hinzurechnung des Teuerungszuschlages je nach dem Wohnort der Hinterbliebenen und der Höhe der bisher gezahlten Bezüge auf 96 bis 139 M für die alleinstehende Witwe, auf 136 bis 209 M für die Witwe mit einem Kind, auf 176 bis 278 M für die Witwe mit zwei Kindern, auf 216 bis 348 M für die Witwe mit drei Kindern und auf 255 bis 418 M für die Witwe mit vier Kindern erhöhen. Doch sind für alle Ortsklassen Höchstbeträge festgesetzt, über die zunächst nicht hinausgegangen werden darf; ergeben sich aus der Berechnung des Teuerungszuschlages höhere Bezüge, so tritt eine Kürzung ein. Soweit darüber hinaus nach dem Reichsversorgungsgesetz voraussichtlich höhere Bezüge zufließen, wird eine vorläufige Festsetzung dieser Bezüge mit größter Beschleunigung erfolgen.

Da der Teuerungszuschlag nur den Hinterbliebenen gewährt werden kann, deren Ernährer nach dem 31. Juli 1914 im Heeresdienst gestanden hat, so kann die Zahlung nur gegen Vorlage einer Bescheinigung erfolgen, die von den Hinterbliebenen selbst zu unterschreiben ist. Ein Bordruck für diese Bescheinigung wird den Hinterbliebenen zugleich mit einem Benachrichtigungsschreiben im Laufe des Monats Juli durch die Postanstalten und sonstigen Zahlstellen der Hinterbliebenenbezüge zugehen u. ist bei der Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge unterschrieben vorzulegen. Die Hinterbliebenen der vor dem 31. Juli 1914 aus dem Heeresdienst ausgeschiedenen Militärpersonen können leider vorläufig bei der Zahlung des Teuerungszuschlages nicht mit berücksichtigt werden, da das Reichsversorgungsgesetz diese Hinterbliebenen nicht mit umfaßt. Eine Neuregelung der Versorgung dieser Hinterbliebenen ist jedoch in Vorbereitung. Auch Hin-

für das Publikum blieb er nun geschlossen, da dieses sich in dem neuen Stadtpark ergeben konnte.

Ein Jahr später starb Klaus Steinbrecht, und die dankbare Stadt setzte ihm in dem Stadtpark ein Denkmal.

Da Claudine Steinbrecht auch heute noch viel für die Armen tat und die reichste Frau der Stadt war, stand sie in hohem Ansehen.

Ihr Haus war ein sehr gastfreies. Aber die Villa droben auf dem Berge stand jahraus, jahrein völlig unbewohnt. Frau Stange, die Haushälterin Claudinens, stieg jedes Jahr einige Male mit einem ganzen Stab von Schauerfrauen den Berg hinauf und vertrieb Staub, Ratten und Spinnweben mit der ihr eigenen Energie.

Früher pflegte Claudine Steinbrecht an solchen Tagen wie ein unruhiger Geist die Villa zu umkreisen, ohne die Schwelle zu betreten. War sie sonst schon keine angenehme Herrin, so konnten ihre Untergebenen ihr an diesen Tagen nichts recht machen. Frau Stange schüttelte dann begütigend den Kopf und sagte zu den Beuten:

„Seid nur nicht übernehmlich, ihr wißt doch, daß die Gnädige wieder die Baune hat, was geht vorbei.“

Claudine Steinbrechts „Baune“ wurde mit der Zeit erträglicher, und alle ihre Leute blieben lange in ihren Diensten. Denn trotz ihres nicht gerade sanften Regiments führte sie die Dienerschaft in dem vornehmen Hause sehr wohl. Claudine Steinbrecht hielt die Vornette vor die Augen und betrachtete die vier ausgewählten Photographien. Alle vier zeigten hübsche, junge Gesichter.

Gleich das zweite Bild schien Frau Claudine zu fesseln. Sie sah es lange an und legte es zögernd beiseite. Als sie dann alle angesehen hatte, griff sie wieder zu dem einen, betrachtete es eine Weile und sagte dann in ihrer raschen, lebhaften Art:

„Also diese, lieber Doktor.“
„Das dachte ich mir,“ sagte Dr. Frensen.
„So Warum denn?“

„Weil diese junge Dame entschieden die schönste von allen ist. Und ich ferne doch Ihre Wortliebe für alles Schöne.“
Frau Claudine zuckte die Achseln.

„Photographien täuschen leider oft über die Persönlichkeit.“

„Also soll ich diese junge Dame für Sie empfehlen?“
„Da, bitte. Unter den üblichen Bedingungen. Gefällt sie mir nicht, habe ich das Recht, sie sofort wieder zu entlassen. Sie erhält dann als Entschädigung für drei Monate Gehalt und Verpflegungsgeld ausbezahlt.“

(Fortsetzung folgt.)

terbliebenen selbst zu unterschreiben ist. Ein Bordruck für diese Bescheinigung wird den Hinterbliebenen zugleich mit einem Benachrichtigungsschreiben im Laufe des Monats Juli durch die Postanstalten und sonstigen Zahlstellen der Hinterbliebenenbezüge zugehen u. ist bei der Auszahlung der Hinterbliebenenbezüge unterschrieben vorzulegen. Die Hinterbliebenen der vor dem 31. Juli 1914 aus dem Heeresdienst ausgeschiedenen Militärpersonen können leider vorläufig bei der Zahlung des Teuerungszuschlages nicht mit berücksichtigt werden, da das Reichsversorgungsgesetz diese Hinterbliebenen nicht mit umfaßt. Eine Neuregelung der Versorgung dieser Hinterbliebenen ist jedoch in Vorbereitung. Auch Hin-

Ein „Friedensplan“ des Zaren? Teilung Österreich-Ungarns zwischen Deutschland und Rußland?

Im „Neuen Wiener Journal“ erzählt Major Emil Seeberger, der während des Krieges als Militärattaché in Wien wirkte, von einer damals vertraulichen Unterredung die er am 10. Februar 1916 mit dem deutschen Botschafter am Wiener Hofe, Tschirsky hatte. Im Verlaufe des Gesprächs sagte der Botschafter:

„Mein Vaterland hätte den Platz an der Sonne haben können, ohne auch nur eine Tropfen Blut zu vergießen. Reiner von allen Herrschern ist in diesem Kriege fälliger beurteilt worden als der Zar. Er war im Herzen stets ein aufrichtiger Freund meines Herrn und Kaisers.“ Als Botschafter im Frühjahr 1914 in Reval die russische Politik mit Haut und Haaren in die französische Ombre de batailles eingeprengt hatte, da schloß der Zar die Warnung, wir sollten den antifeindlichen Kurs des Balkanbundes brechen, da seine Fortsetzung zum Krieg führen würde. Und selbst, als die Absicht des wohl viel zu scharfen Ultimatus schon so gut wie stillschweigend war, — wissen Sie, wen der Zar, der nur mit innerlichem Widerwillen an dem französischen Revanchefarzen mitzog, da noch in zwölfter Stunde in geheimster Stunde nach Berlin sandte? — Herr von Tschirsky richtete seinen sonderbaren Blick auf mich. „Er schickte den uns wohlgesinnten Witte. Bereits ernstlich erkrankt, reiste der Graf in solchem Intonito, daß seine Ankunft auch der feinsten Spürnase unter den Reportern verborgen blieb, und brachte einen dringenden Vorschlag. Dem Zaren galt als Gemüthsruhe das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien bedeutete unabweisbar den vom Balkan ausgehenden Vernichtungskrieg unter den Großmächten. Gegen dieses Urteil gäbe es nur noch das eine vorbeugende Mittel, daß Deutschland und Rußland sofort gemeinsam in Österreich-Ungarn einmarschieren. Die Monarchie würde nach dem vorausichtlich baldigen Tode des alten Kaisers ohnehin unrettbar zerfallen. Die deutsche und russische Politik aber hätten einvernehmlich zwei ihrer schwersten Kardinalprobleme aufgelöst: sie erhielten den unbedingt nötigen Weg ins Mittelmeer, dort durch die Besetzung von Triest — und gleichzeitig wäre die Jahrhundert alte Balkanfrage für immer friedlich beigelegt.“ — „Friedlich? Bei der so scharfen Rivalität der anderen Staaten?“ — „Nun, wer hätte gegen eine derartige, von den weitaus stärksten Kontinentalmächten geschlossene Tatsache zu marschieren gewagt?“ — „Und hätte der Vorschlag des Zaren irgend welche Aussicht auf Verwirklichung?“ — „Keine. Mein Herr und Kaiser blieb auf dem Standpunkte, er habe an der Spitze der Reichsfürsten dem Kaiser von Österreich treue Waffenbrüderschaft gelobt, und sein Wort halte er unter allen Umständen.“ — „Aber es scheint, als ob Czernin persönlich die Verwirklichung des Zarenplanes bei der jetzigen Entwicklung der Dinge vorgezogen hätten?“ — „Hoffentlich wird die Zukunft nicht den Beweis erbringen, daß er für mein Vaterland vorteilhafter gewesen wäre.“ — „Und haben Sie, Czernin, Ihren kaiserlichen Herrn nicht in solchem Sinne zu beeinflussen versucht, wo doch nach Ihrer Überzeugung durch das vom Zaren vorgeschlagene Fait accompli der Krieg zu vermeiden war?“

Herr von Tschirsky hob die Schultern. „Ich stamme von märkischem Uradel.“ (?) sagte er. „Alle meine Ahnen lebten und starben für diese Devise: Regis voluntas suprema lex. Auch mein Tun und Lassen richtet sich stets nach diesem für mich höchsten Leitwort.“

Aus Sachsen

Glauchau, 29. Juli. Eine Wohnungs-Luxussteuer soll einem bei den Stadtverordneten eingegangenen Antrage zufolge eingeführt werden. Danach darf eine alleinstehende Person nicht mehr als drei Zimmer steuerfrei beanspruchen. Das vierte Zimmer wird mit 50 M., das fünfte mit 200 M., das sechste mit 400 M., das siebente mit 800 M. und das achte mit 1200 M. versteuert. Für jedes weitere Zimmer sollen 1000 M. extra bezahlt werden. Ähnliche Steuerbefreiungen werden erhoben, wenn zwei Personen mehr als vier Zimmer haben. Die Steuer soll als zinsfreie Beihilfe zum Bau von Reimwohnungen dienen.

Rosfen, 30. Juli. Der Verein für Kriegserledigungen, der seit längerer Zeit schon die Errichtung von Kriegserledigungsstätten in Rosfen plant, geht diesem Ziele nunmehr ernstlich entgegen. Es sind zunächst 10 Wohnhäuser geplant. — Desgleichen nimmt ein hiesiges großes industrielles Unternehmen die Errichtung mehrerer Ein- und Zweifamilien-Wohnhäuser demnächst in Angriff. Mit dem Bau soll in Kürze begonnen werden, damit diese Häuser noch in diesem Jahre bezugsfertig werden.

Neues aus der Welt

— Vorsicht beim Obstgenuß. In Dorndorf (Thür.) hatte die 16 Jahre alte Tochter der Familie Max Komme Birnen gegessen und Bier getrunken. Nach kurzer Zeit trat bei dem Mädchen der Tod ein.

— Bei einem nächtlichen Fleischtransport erschossen. Der Kaufmann Hesse wurde bei Güngersdorf (Hanz.), als er nachts Fleisch nach Braunlage heimführen wollte und auf Anruf mit seinem Geschirr nicht hielt, von Gendarmen erschossen.

— Die Ruhr in Wien. Unter den hiesigen Volkstruppen grassiert die Ruhr. Die Krankheit hat bereits einige Opfer gefordert.

— Verrohte Eltern. Aus Kallit wird gemeldet: Ein Bewohner eines Hauses an der Burgstraße hörte aus eines der Wohnungen ein unheimliches Jammern. Als er der Ursache nachforschte, ergab sich folgendes tragische Bild: Zwei Jungen im Alter von etwa fünf und sieben Jahren waren mit eisenen Handschellen aneinander angehängelt und mußten liegend die Erlaubnis erwarten. Ein erst einige Monate altes Kind war auf den nackten Boden gedehnt, ohne Unterlage und ohne irgendwelche Zudeckung zu sein, während die Eltern in Bergnügungen ausgegangen waren. Nachdem die Polizei herbeigeholt war,

suchte man dem Boden die Handschellen abzurufen, da jedoch das befindliche Schloß nicht zu öffnen war. Die Kinder wurden einweilen dem Hofenhaus zur Verwahrung übergeben.

Die Wirtschaftsbank

Die bestimmt veräußert, ist die Einrichtung einer Wirtschaftsbank geplant. Die Wirtschaftsbank kann schon in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Dem Zwecke besteht darin, daß die Bank die finanziellen Mittel für die Einfuhr von Rohstoffen bereitstellen. Das hört sich einfach an, als wie es tatsächlich ist. Da die Gründung der Wirtschaftsbank von den Kreisen befürwortet wird, die an der ungeprüften Zwangswirtschaft festhalten, so wird damit auf Umwegen der Versuch gemacht, diese Zwangsrichtung zu verwirren. Ob das Reich zur finanziellen Hilfe bei der Gründung herangezogen wird, ist noch nicht bekannt, aber wahrscheinlich. Jedenfalls werden sich die zuständigen Stellen die Zeitung vorbehalten. Und hier beginnt das öffentliche Interesse. Alle Einrichtungen, die die Zwangswirtschaft geschaffen hat, um die Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu bewerkstelligen, haben ohne Ausnahme verlagert. Besonders schlimm liegt der Fall bei der Tabakmonopolgesellschaft, sowie bei der Reichslebensmittellieferung. Hier sind hunderte von Millionen durch Mangel an Sachkunde verpulvert worden. Es widerspricht gefunden wirtschaftlichen Grundbegriffen, den Einkauf von Rohstoffen zu bürokratisieren. Wer im Ausland Rohstoffe kaufen will, braucht Beziehungen und Erfahrungen, alles Dinge, die sich nicht an grünen Tisch lernen und verheißeln lassen. Weiter ist es eine Ausnutzung der Notlage unserer Wirtschaft, ihr die Hilfe der neuen Wirtschaftsbank aufzubringen. Daß viele Industriezweige ohne Rohstoffe sind, ist leider Tatsache, ebenso, daß die eigenen Mittel fehlen, neue Rohstoffe heranzuführen. Die Banken sind sehr vorsichtig in der Kreditgewährung, weil sie angesichts der Schwankungen der Wechselkurse mit Verlusten rechnen. Aber die Wirtschaftsbank ist kein Mittel, das Aussicht auf Erfolg verspricht. Ebe ginge es an, wenn das Reich die Großbanken veranlasse, Kredite an die einzelnen Betriebsgruppen zu gewähren, die nur Rohstoffankäufen dienen. Hier bleibt der Wirtschaftsbank die Unabgängigkeit gesichert, ohne daß auf der anderen Seite zu planlos verfahren wird. Eine Überdeckung mit Rohstoffen ist angesichts der Wechselkurse ohnedies nicht zu fürchten. Wogegen indessen Einpruch erhoben werden muß, das ist die Wirtschaftsbank, die den Rohstoffverteilung zu gänzlich. Das hat sich bisher nicht bewährt und wird es in Zukunft erst recht nicht bewähren.

Städtische Nachrichten

3. Sonntag nach Trinitatis.
Bischöfswerda. Preden für die Heiligmiffion. Vorm. 8 Uhr: Beichte und heil. Abendmahl. 9. Sonntag. Vorm. 9 Uhr: Hauptgottesdienst. 11. Sonntag. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Oberpfarrer Schütz. — Mittw. abends 8 Uhr: Bibelstunde. 1. Sonntag. — Freitag, Vorm. 9 Uhr: Beichte mit anschließender Abendmahlfeier. 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Christl. Jugendvereine: Sonntag, abends 8 Uhr: Monatsversammlung.

Gustav Wolf-Jauche und Jungfrauenvereine: Dienstag, nachm. 1/4 Uhr: Ausflug nach dem Butenberg. Sonntag, 1/4 Uhr an der Bürgerschule.

Beerdigt: 21. Juli Margarete Wähler, Stubenmädchenstochter hier, 8 Mon. 17 J.; Bruno Kurt Schmidt, Kutschersohn hier, 8 Mon. 17 J.; 24. Juli Clara Wähler, Glasmacherswitwe hier, 56 J. 8 Mon. 16 J.; 29. Juli Marie Hildebrandt, Glanggängerstochter hier, 1 J. 1 Mon. 12 J.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.

Beerdigt: 2. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag. — Sonntag, 1. Sonntag.